

Sperrfrist

Donnerstag, 22. August 2013, 9.30 Uhr

«effort 14+»

Auf dem Weg zu
gesunden Stadtfinanzen

1. Begrüssung / Einleitung

(Stadtpräsident Michael Künzle)

- Stadtrat sieht sich mit ausserordentlicher Situation konfrontiert: «effort 14+» ist das weitaus grösste Sanierungsprogramm der letzten Jahrzehnte

Vorgehen:

- Stadt wurde als Ganzes betrachtet, und Kostensteigerungen wurden systematisch analysiert, Ein- und Ausgaben wurden gleichermaßen kritisch hinterfragt, vorläufige Tabu-Bereiche wurden festgelegt

Ziele:

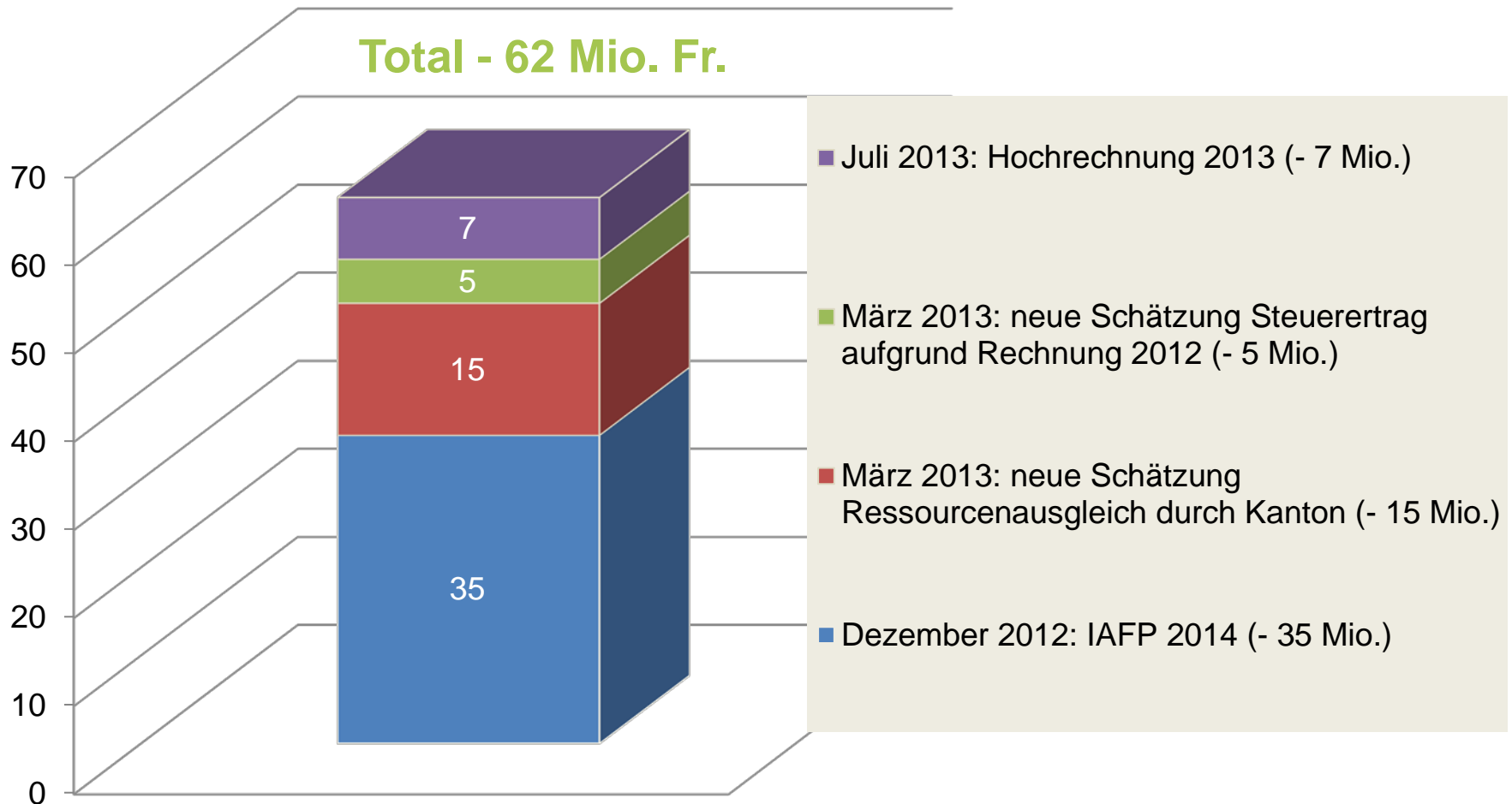
- nachhaltig gesunde Stadtfinanzen
- Stärken der Stadt nicht gefährden – Winterthur soll attraktiv und lebenswert für alle bleiben

- kurzfristig wirksame Massnahmen ab 2014, mittelfristig wirksame strukturelle Massnahmen (vgl. Projekt «5 statt 7»)
- Sanierungsprogramm soll vom Stadtrat insgesamt als ausgewogen betrachtet werden

2. Ausgangslage

(Stadtpräsident Michael Künzle)

- Ende Dezember: der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) wies für 2014 ein Defizit von 35 Mio. Fr. aus
- Ende März: überarbeitete Schätzung des Ressourcenausgleichs durch Kanton (- 15 Mio. Fr.) und aktualisierte Steuerschätzung aufgrund Rechnung 2012 (- 5 Mio. Fr. infolge Ausgleich kalter Progression und Erhöhung Familienabzug) ⇒ neues Sanierungsziel 55 Mio. Fr.
- Ende Juli: aufgrund Hochrechnung 2013 muss im laufenden Jahr in folgenden Bereichen mit Mehrausgaben gegenüber dem Voranschlag 13 von insgesamt 7 Mio. Fr. gerechnet werden: individuelle Unterstützung, Pflegefinanzierung, familienergänzende Betreuung, Abschreibungen, Sozialplan ⇒ **effektives Sanierungsziel: 62 Mio. Fr.**



3. Wie ist Winterthur in diese Situation gekommen?

(Stadträtin Yvonne Beutler)

Analyse Entwicklung 2005* bis 2012:

- Es konnten Mehrerträge durch höhere Steuereinnahmen und höhere Ausgleichszahlungen generiert werden
- Diese wurden jedoch kompensiert durch höhere Aufwände, insbesondere bei:
 - Sozialhilfe/Zusatzleistungen zur AHV: + 29 Mio. Fr. (+ 48%)
 - Beitrag für Löhne der Lehrpersonen an Kanton: + 44,1 Mio. Fr. (+ 27.9%)
 - Folgekosten Bevölkerungswachstum (Wachstum 2005-2012: +11%)
 - Ausbau Dienstleistungen und Angebote für Bevölkerung (öffentlicher Verkehr, Kultur, Quartierinfrastruktur, Umweltschutz, familienergänzende Betreuung etc.)

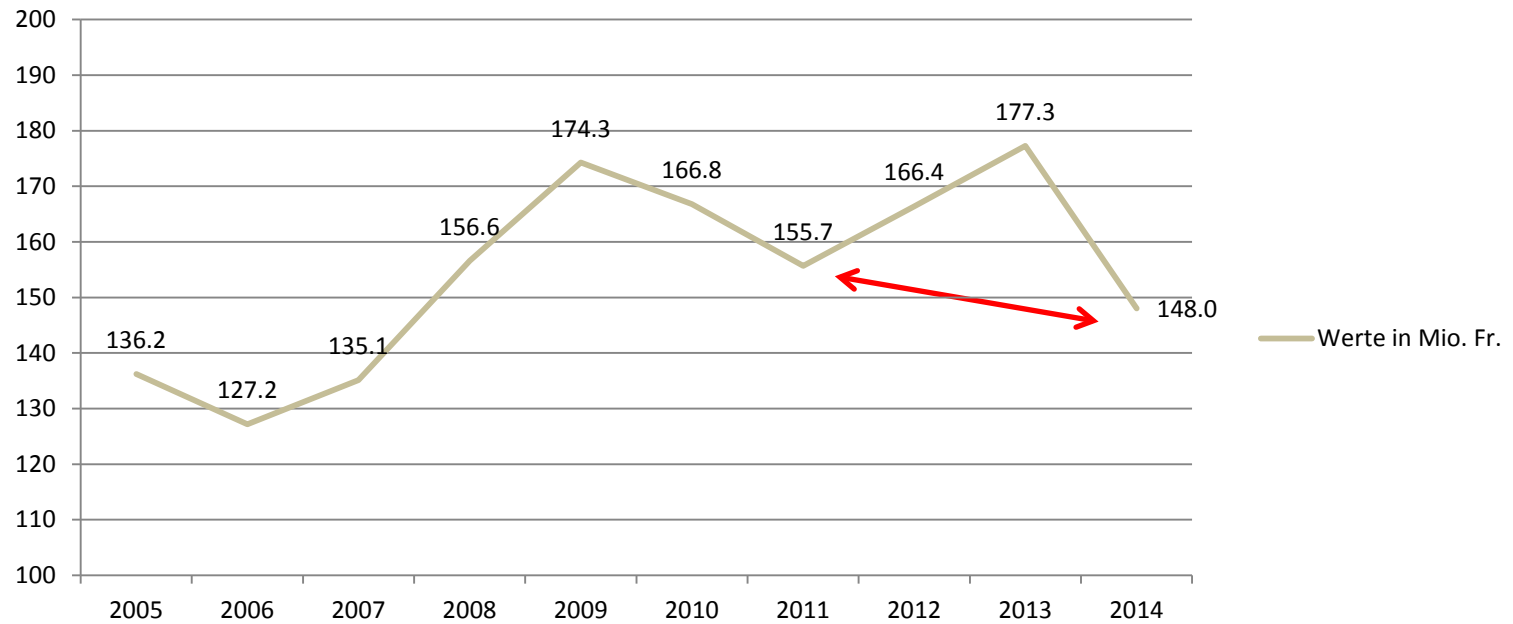
*Berechnungsgrundlage Zentrumslastenausgleich

Fakten zum neuen Finanzausgleich

- In Kraft seit 1. Januar 2012
- An die Stelle von Steuerfuss- und Steuerkraftausgleich trat Zentrumslastenausgleich und Ressourcenausgleich*
- Ressourcenausgleich ist variabel, Zentrumslastenausgleich fix (86 Mio. Fr.; Berechnungsgrundlage 2005)
- Anpassungsmechanismen fehlen mit Ausnahme der Teuerung (aktuelle Höhe: 85,3 Mio. Fr.)
- in Vorjahren Sondereffekte: 2012 Übergangsausgleich (+ 22,5 Mio. Fr.), Total 92 Mio. Fr.; 2013 «Glencore-Effekt» (+ 20 Mio. Fr.), Total 92 Mio. Fr.
- **2014 um 5% tiefere Ausgleichszahlungen als im letzten Jahr vor Änderung Finanzausgleich**

* Annäherung der städtischen Steuerkraft an das kantonale Mittel

Entwicklung Ausgleichszahlungen durch Kanton



1. Problem: Zentrumslastenausgleich zu tief

- Zentrumslastenausgleich wurde mit 86 Mio. Fr. grundsätzlich viel zu tief angesetzt
- Regierungsrat schrieb in Antrag an Kantonsrat, dass Zentrumslasten durchschnittlich 1000 Fr. / Person ausmachen ⇒ für Stadt Winterthur hätte dies 2005 93 Mio. Fr. entsprochen (2012: 104 Mio. Fr.)
- Zürich erhält pro Kopf 1261.52 Fr. Ausgleich, Winterthur lediglich 925.10 Fr. ⇒ bei Gleichbehandlung hätte Winterthur 2005 117 Mio. Fr. Ausgleich erhalten (2012: 132 Mio. Fr.)
- Die Stadt Winterthur selbst berechnete im Jahr 2005 die Zentrumslasten mit rund 120 Mio. Fr.

2. Problem: Der Zentrumslastenausgleich wurde auf Basis 2005 fixiert

- Der Zentrumslastenausgleich wird nur der Teuerung angepasst und beträgt somit statt 86 Mio. Fr. derzeit nur noch 85,3 Mio. Fr.
- Der Zentrumslastenausgleich hat keinerlei Dynamik hinsichtlich Mehrkosten für soziale Wohlfahrt oder Schule
⇒ Beides sind Bereiche mit einem starken Kostenwachstum, welches die Stadt nicht beeinflussen kann

3. Problem: Zeitpunkt Wirksamkeitsbericht / politischer Wille

- Ein Wirksamkeitsbericht betreffend Auswirkungen des neuen Finanzausgleichs soll erst nach 4 Jahren erstellt werden, also 2016
 - Die Höhe des Zentrumslastenausgleichs entsprang dem politisch Machbaren und nicht dem wirtschaftlich Notwendigen
- ⇒ Eine rasche Anpassung des Mechanismus setzt somit einen vorzeitigen Wirksamkeitsbericht sowie Goodwill des Regierungs- und vor allem des Kantonsrates voraus

4. Massnahmen im Überblick / Schwerpunkte der Departemente trotz Sanierungsprogramm

(Stadtpräsident Michael Künzle, alle Stadträtinnen und Stadträte)

- Im letzten Mai wurde erstes «effort 14+»- Massnahmenpaket in der Höhe von rund 32 Mio. Fr. präsentiert
- In Zwischenzeit wurde intensiv weitergearbeitet

⇒ Sanierungspaket steht

- Stadt soll trotz immensem Spardruck nicht still stehen
- Im Folgenden nicht nur Präsentationen einer Auswahl der Sparmassnahmen der 2. Sanierungsrunde aller Departemente, sondern auch Ausblick, wo künftige Schwerpunkte gesetzt werden sollen

Departement Kulturelles und Dienste

(Stadtpräsident Michael Künzle)

(Auswahl 2. Runde)

Bereich Stadtentwicklung (500 000 Fr.)

- Stellenreduktionen
- Leistungsabbau in Quartierentwicklung

Subventionsverträge und Beiträge an Dritte (1 Mio. Fr.)

- Reduktion der Beiträge an diverse Subventionsempfänger

Städtische Kultureinrichtungen (400 000 Fr.)

- Abbau Mehrzeit / Ferienguthaben
- Herabsetzung der Kredite

Summe «effort 14+» total: 4 410 000 Fr.

Schwerpunkte

Entwicklung Neuhegi-Grüze zu zweitem Stadtzentrum

Erhalt und Profilierung Winterthurs als vielfältige Kulturstadt

Stärkung Bildungsstandort und Vernetzung mit der Wirtschaft

Departement Finanzen

(Stadträtin Yvonne Beutler)

(Auswahl 2. Runde)

Informatikdienste (200 000 Fr.)

- Priorisierung Informatikprojekte
- Hotline intern

Immobilien (400 000 Fr.)

- zusätzliche Erträge
- allg. Kosteneinsparungen

Summe «effort 14+» total: 2 015 000 Fr.

Schwerpunkte

Nachhaltig gesunde Finanzen

Wohnraum für alle Bedürfnisse

Departement Bau

(Stadträtin Pearl Pedergrana)

(Auswahl 2. Runde)

Baupolizei (150 000 Fr.)

- Umsetzung Verordnung über Baubewilligungsgebühren

Städtebau (100 000 Fr.)

- Stellenreduktion und Stellenumwandlung

Städtebau (100 000 Fr.)

- Kürzung Globalkredit: Überprüfen von Leistungen

Summe «effort 14+» total: 2 203 000 Fr.

Schwerpunkte

Umsetzung Masterplan Bahnhof

Planungen in Neuhegi-Grüze

Leistungsfähiges Verkehrssystem für die Zukunft

Departement Sicherheit und Umwelt

(Stadträtin Barbara Günthard-Maier)

(Auswahl 2. Runde)

Stadtpolizei (1 Mio. Fr.)

- Geplanter Stellenausbau 2014 verschoben
- Mehrerträge durch Gebühren
- diverse Massnahmen

Zivilschutz (500 000 Fr.)

- Kostensenkung durch Umstrukturierung

Umwelt- und Gesundheitsschutz (660 000 Fr.)

- Kosteneinsparung durch Umstrukturierung
- Erhöhung Gebühren des Lebensmittelinspektorats
- Reduktion Kosten für Dienstleistungen Dritter

Summe «effort 14+» total: 3 364 000 Fr.

Schwerpunkte

Sicherheitskonzept für die Stadt Winterthur

Neues Polizeigebäude

Nachhaltige Stadtentwicklung im Einklang mit der
2000-Watt-/1-Tonne-CO₂-Gesellschaft

Departement Schule und Sport

(Stadtrat Stefan Fritschi)

(Auswahl 2. Runde)

Volksschule (500 000 Fr.)

- Reduktion Wahlfächer 3. Sek. um 4 Lektionen / Klasse
- Reduktion Schulkredit
- Einsparungen beim ICT-Support

Berufsbildung (700 000 Fr.)

- Verzicht auf Ersatzbeschaffungen und Optimierung Klassengrößen

Sportamt (200 000 Fr.)

- Reduktion Beitrag Schwimmbadgenossenschaften
- Erhöhung Eismieten für Eissportvereine
- Reduktion Unterhalt Fussballwiesen bei Schulhäusern

Summe «effort 14+» total: 8 019 000 Fr.

Schwerpunkte

Starke Volksschule

Frühförderung für sozial Benachteiligte

Jugendsportförderung

Departement Soziales

(Stadtrat Nicolas Galladé)

(Auswahl 2. Runde)

Sozial- und Erwachsenenhilfe (270 000 Fr.)

- Angebotsreduktion infolge Stellenkürzungen

Prävention und Suchthilfe (130 000 Fr.)

- Angebotsreduktion: z.B. Verzicht auf Suchtpräventionsprojekt für Schulen

Beiträge an Organisationen (150 000 Fr.)

- Reduktion Beiträge an private Organisationen im sozialen Bereich

Summe «effort 14+» total: 5 296 000 Fr.

Schwerpunkte

Offene Jugendarbeit

Selbstbestimmtes Wohnen

Qualitäts- und Effizienzsteigerung im Kindes- und
Erwachsenenschutz

Departement Technische Betriebe

(Stadtrat Matthias Gfeller)

(Auswahl 2. Runde)

Beiträge an den öffentlichen Verkehr (220 000 Fr.)

- Reduktion Kostenanteil am ZVV

Stadtgärtnerei (350 000 Fr.)

- Mehrerträge bei Friedhöfen; insbes. für auswärtige Bestattungen
- Reduktion der Ausgaben für Gutachten im Naturschutzbereich
- Reduktion externe Einkäufe, z.B. beim Blumenladen

Forstbetrieb (100 000 Fr.)

- Weniger Studien- und Projektierungsaufträge
- Weniger Maschinen einmieten
- Pachtzinsanpassungen und Preiserhöhungen bei Brennholz und Schnitzel

Summe «effort 14+» total: 1 910 000 Fr.

Schwerpunkte

Leistungssteigerung öffentlicher Verkehr

Fertigstellung Eulachpark

Förderung erneuerbarer Energie und energetischer
Sanierungen von Gebäuden

Weitere Massnahmen

(Stadträtin Yvonne Beutler)

(Auswahl 2. Runde)

Stadtkanzlei

- diverse Massnahmen

Summe «effort 14+» total: 352 000 Fr.

Städtische Allgemeinkosten

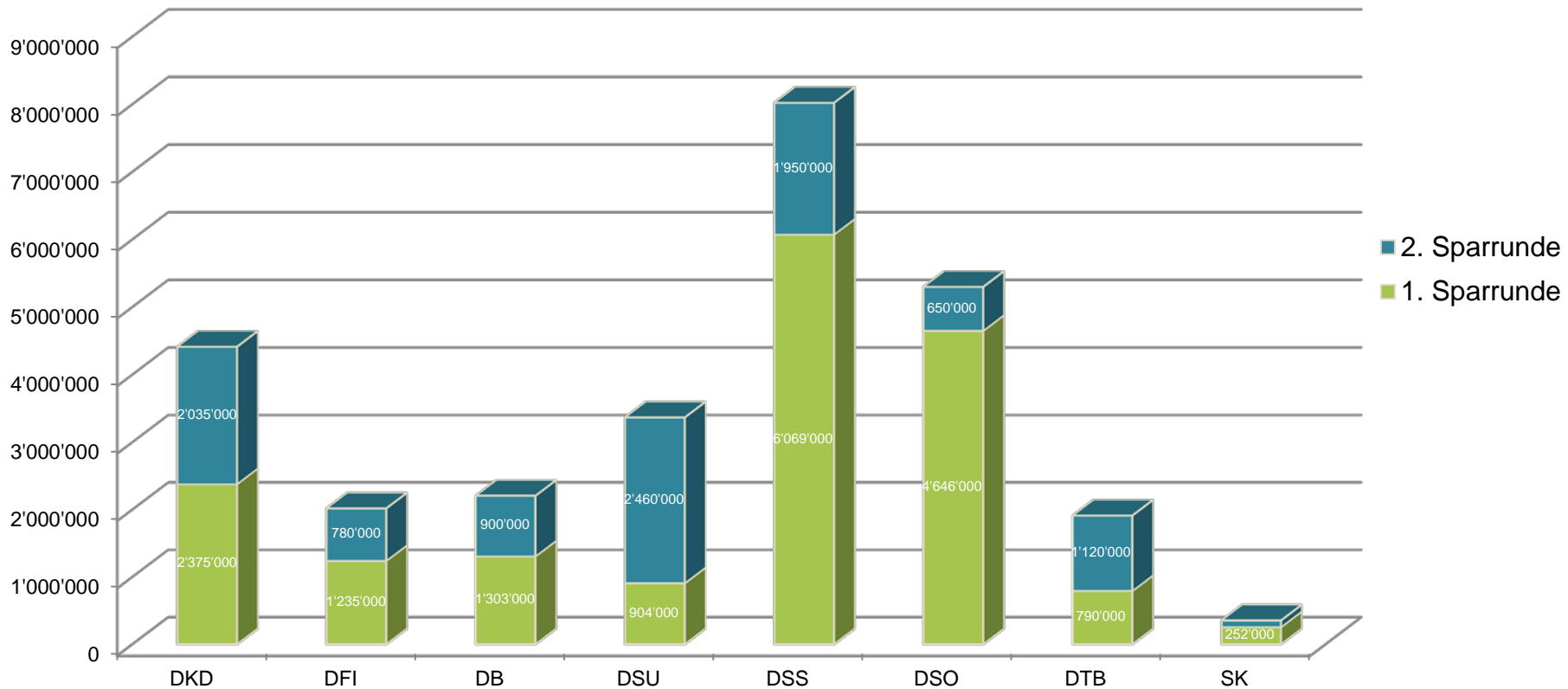
- Buchgewinn KVA-Areal (3 900 000 Fr.)
- Verzicht Einlage Parkhausreserve (300 000 Fr.)
- diverse Massnahmen

Summe «effort 14+» total: 19 530 000 Fr.

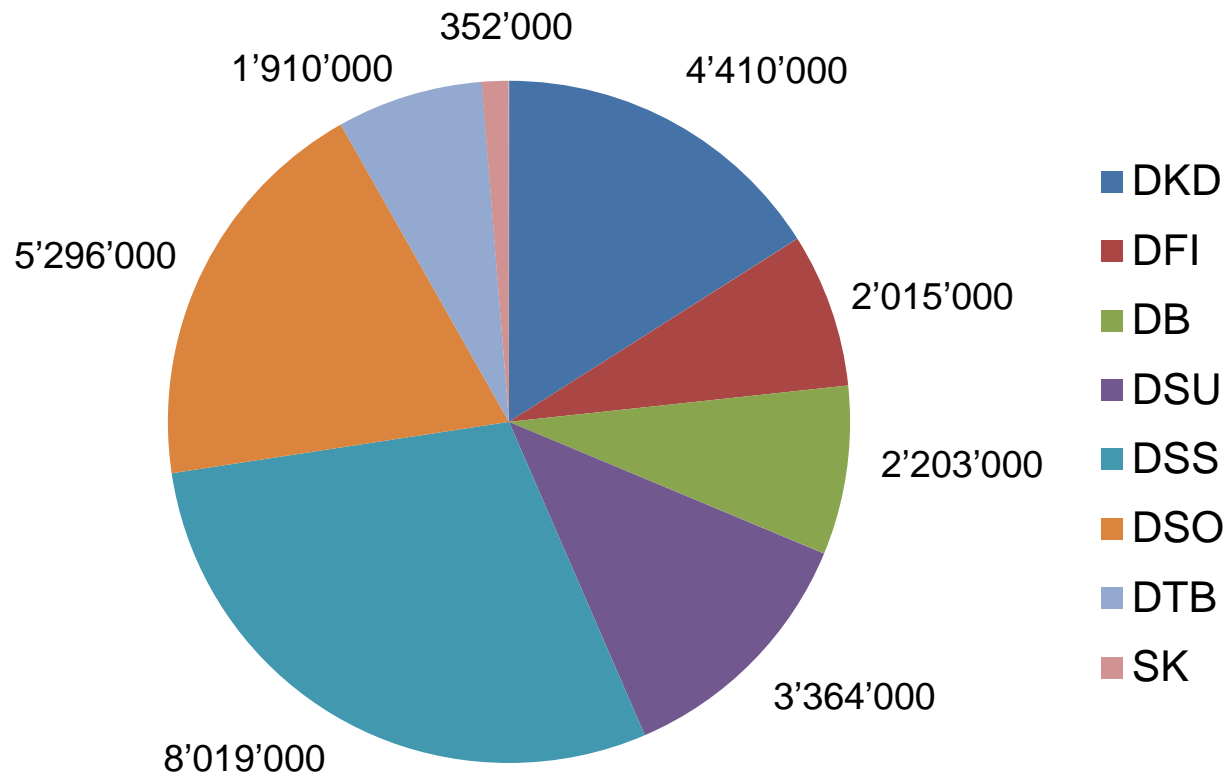
5. Auswertung

(Stadträtin Yvonne Beutler)

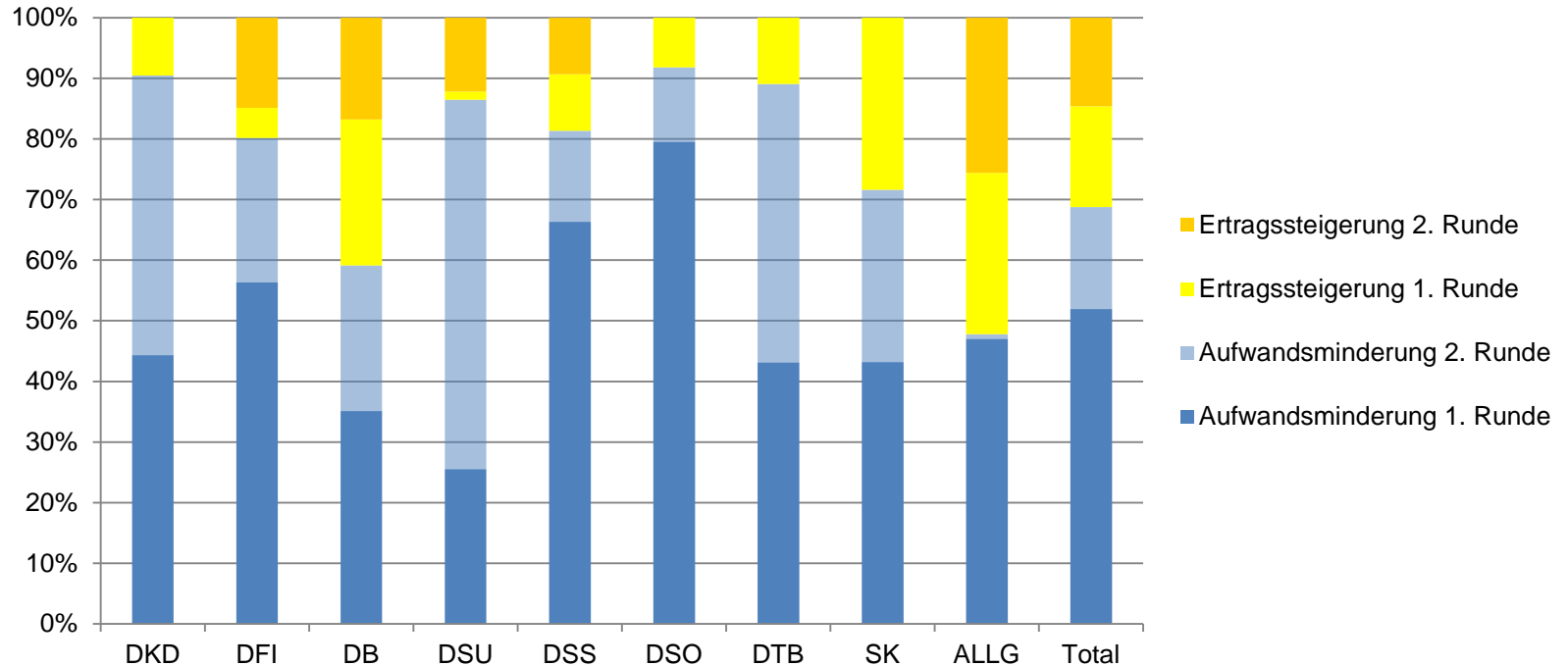
Übersicht nach Departementen



Anteile nach Departementen



Verhältnis Aufwandminderung und Ertragssteigerung



- 68.7 % der «effort 14+»-Massnahmen betreffen Aufwandminderungen, 31.3% Ertragssteigerungen

6. Personal

(Stadtpräsident Michael Künzle)

- Sanierungsmassnahmen beinhalten unweigerlich auch Personalabbau
- Betroffenen sind 38,3 Stellen, davon können 27,3 durch natürliche Fluktuation abgebaut werden, weiter kommt es zu Pensenkürzungen und Entlassungen im Umfang von 11 Stellen
- Es gibt einen gesamtstädtischen Sozialplan, betroffene Angestellte werden bei der Stellensuche unterstützt
- Stadtrat legt Wert darauf, dass Stellenabbau nicht zu Mehrbelastung der verbleibenden Mitarbeitenden führt
- Stadt soll faire und verlässliche Arbeitgeberin sein und bleiben
- Ziel: alle betroffenen Mitarbeiter/-innen sollen wieder eine Stelle finden

7. Steuererhöhung

(Stadtpräsident Michael Künzle)

Zusammenfassung:

Sparziel	62 Mio. Fr.
1. Runde «effort 14+»	- 32 Mio. Fr.
2. Runde «effort 14+»	- 15 Mio. Fr.
Differenz rund	15 Mio. Fr.

Steuererhöhung: Antrag Stadtrat

- Aufgrund der Differenz zum Sparziel beantragt der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat, den Steuerfuss um 5% zu erhöhen ⇒ **5 x 2,6 Mio. Fr. = 13 Mio. Fr.**

Weshalb Steuererhöhung und nicht weitere Sparmassnahmen?

- Der Stadtrat hat zu Beginn von «effort 14+» **Tabu-Bereiche** definiert, in welchen keine oder nur geringe Sparmassnahmen vorgenommen werden sollen:
 - Quartierinfrastruktur wie Quartierbibliotheken
 - Gemeindegremien (AHV/IV)
 - Frühförderung für sozial benachteiligte Kinder

- Kürzung Löhne Städtische Angestellte
- Erhöhung Anzahl Schüler pro Klasse
- Jugendsportförderung

Folgen Nicht-Gewährung oder Kürzung der beantragten Steuerhöhungen:

- Tabu-Bereiche wären nicht länger von Sparmassnahmen verschont
- Weiterer Abbau bei freiwilligen Leistungen wie Kultur und Sport notwendig
- Der Stadtrat ist sich jedoch bewusst, dass sich die Steuererhöhung insbesondere bei steuersensitiven natürlichen und juristischen Personen als Standortnachteil auswirken kann

8. Was bedeutet eine Steuererhöhung um 5% Steuerprozente konkret?

(Stadträtin Yvonne Beutler)

- Eine Steuererhöhung um 5% Steuerprozentage bedeutet nicht, dass die Gesamtsteuerrechnung um 5% höher ausfällt
- Die Gesamtsteuerrechnung besteht aus Gemeinde-, Kantons- und Bundessteuern; die Steuererhöhung betrifft ausschliesslich die Gemeindesteuern
- Betrachtet man nur die Kantons- und Gemeindesteuern, erhöht sich die Steuerrechnung um insgesamt 2%

	Bisher	Neu
Kantonssteuern	105 %	105 %
Gemeindesteuern	122 %	127 %
Total	227 %	232 %
Prozentuale Erhöhung		2.2 % ($100/227*232$)

- Berücksichtigt man zudem die Bundessteuern, verringert sich der Anteil zusätzlich

Beispiele Grundtarif:

Steuerbares Einkommen	Mehrausgaben (pro Jahr)
10'000	3
50'000	104
100'000	314
190'000	788
290'000	1'406
390'000	2'056
490'000	2'706
590'000	3'356
690'000	4'006
790'000	4'656
890'000	5'306
1'000'000	6'021
5'000'000	32'020
10'000'000	64'520

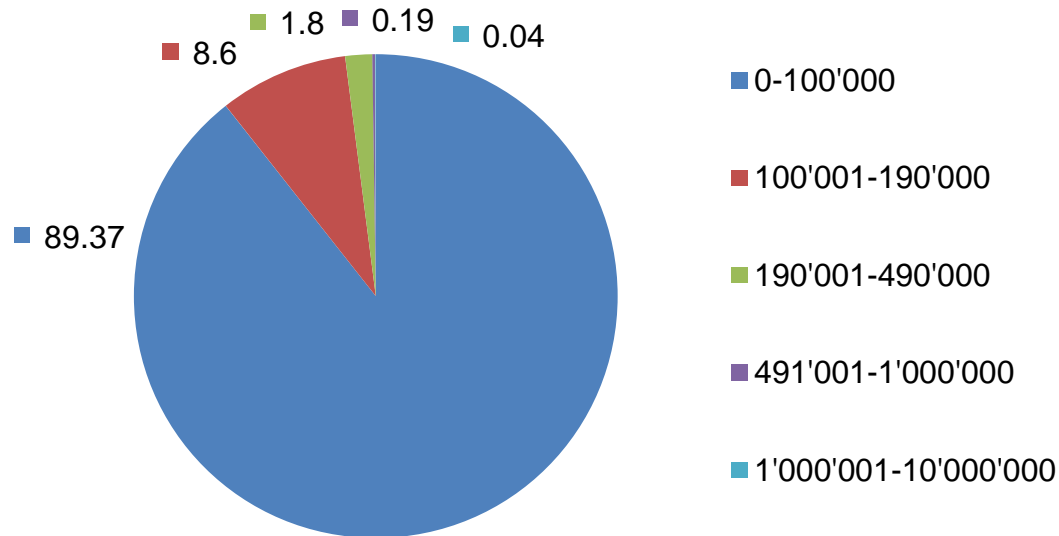
Steuerbares Vermögen	Mehrausgaben (pro Jahr)
100'000	1
500'000	15
1'000'000	48
2'000'000	140
5'000'000	555
10'000'000	1'305
20'000'000	2'805
30'000'000	4'305

Beispiele Verheiratetentarif:

Steuerbares Einkommen	Mehrausgaben (pro Jahr)
10'000	0
50'000	71
100'000	244
190'000	648
290'000	1'183
390'000	1'801
490'000	2'451
590'000	3'101
690'000	3'751
790'000	4'401
890'000	5'051
1'000'000	5'766
5'000'000	31'765
10'000'000	64'265

Steuerbares Vermögen	Mehrausgaben pro Jahr
100'000	0
500'000	11
1'000'000	42
2'000'000	132
5'000'000	543
10'000'000	1'293
20'000'000	2'793
30'000'000	4'293

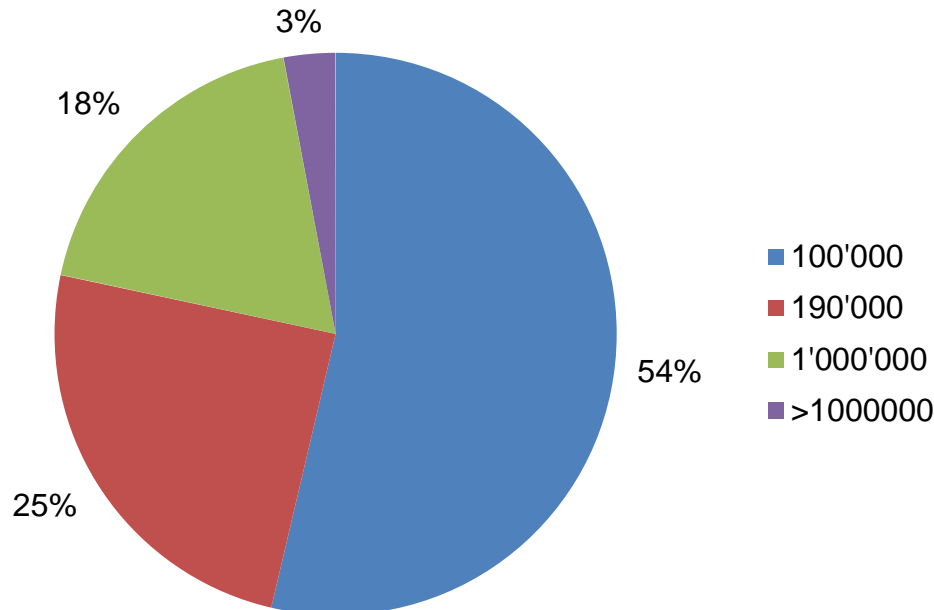
Aufteilung Bevölkerung nach steuerbarem Einkommen:



Das bedeutet:

- 89.37% der Bevölkerung bezahlen 0 Fr. – 314 Fr. mehr Steuern
- 8.6% der Bevölkerung bezahlen 314 Fr. – 788 Fr. mehr Steuern
- 1.8% der Bevölkerung bezahlen 788 Fr. – 2'700 Fr. mehr Steuern
- 0.19% der Bevölkerung bezahlen 2'700 Fr. – 6'020 Fr. mehr Steuern
- 0.04% der Bevölkerung bezahlen 6'020 Fr. – 64'520 Fr. mehr Steuern

Anteil unterschiedlicher Einkommensklassen am Gesamtsteueraufkommen der natürlichen Personen



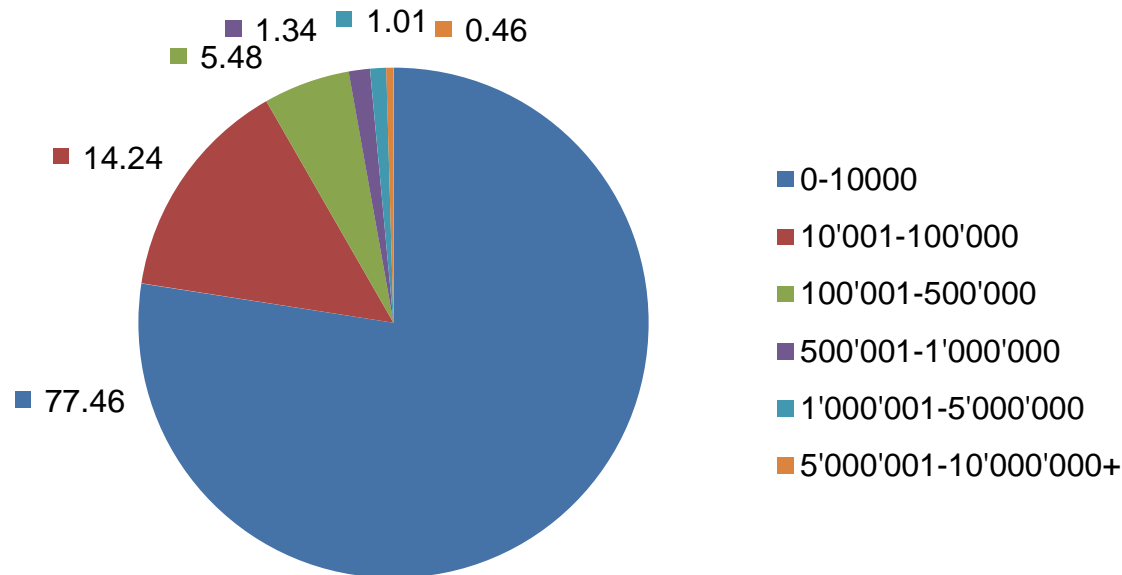
Das bedeutet:

- Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Einkommen bis 100'000 tragen 54% bei
- Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Einkommen bis 190'000 tragen 25% bei
- Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Einkommen bis 1'000'000 tragen 18% bei
- Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Einkommen über 1'000'000 tragen 3% bei

Beispiele juristische Personen:

Steuerbarer Reingewinn	Mehrausgaben pro Jahr
10'000	40
50'000	200
100'000	400
200'000	800
300'000	1'200
400'000	1'600
500'000	2'000
600'000	2'400
700'000	2'800
800'000	3'200
900'000	3'600
950'000	3'800
1'000'000	4'000
5'000'000	20'000
10'000'000	40'000

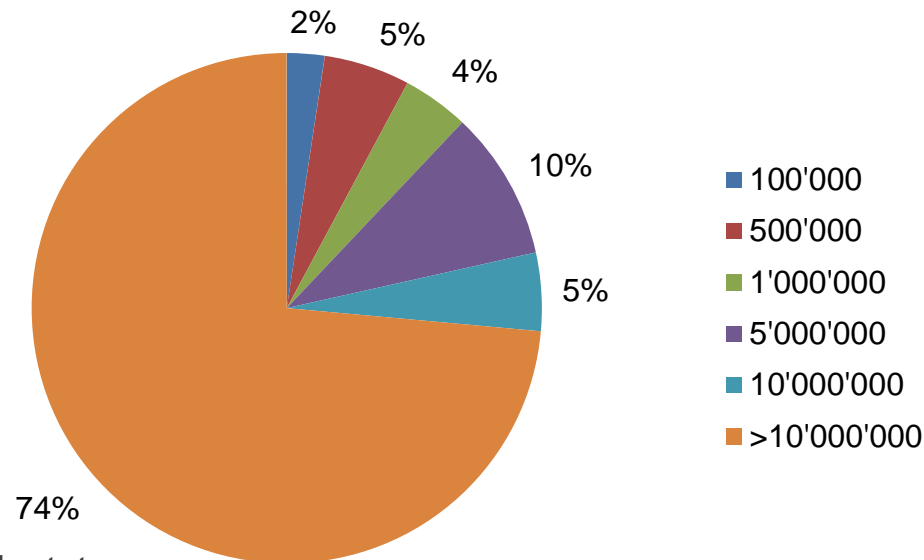
Aufteilung jur. Personen nach steuerbarem Reingewinn:



Das bedeutet:

- 77.46% der jur. Personen bezahlen 0 Fr. – 40 Fr. mehr Steuern
- 14.24% der jur. Personen bezahlen 40 Fr. – 400 Fr. mehr Steuern
- 5.48% der jur. Personen bezahlen 400 Fr. – 2'000 Fr. mehr Steuern
- 1.34% der jur. Personen bezahlen 2'000 Fr. – 4'000 Fr. mehr Steuern
- 1.01% der jur. Personen bezahlen 4'000 Fr. – 20'000 Fr. mehr Steuern
- 0.46% der jur. Personen bezahlen über 20'000 Fr. mehr Steuern

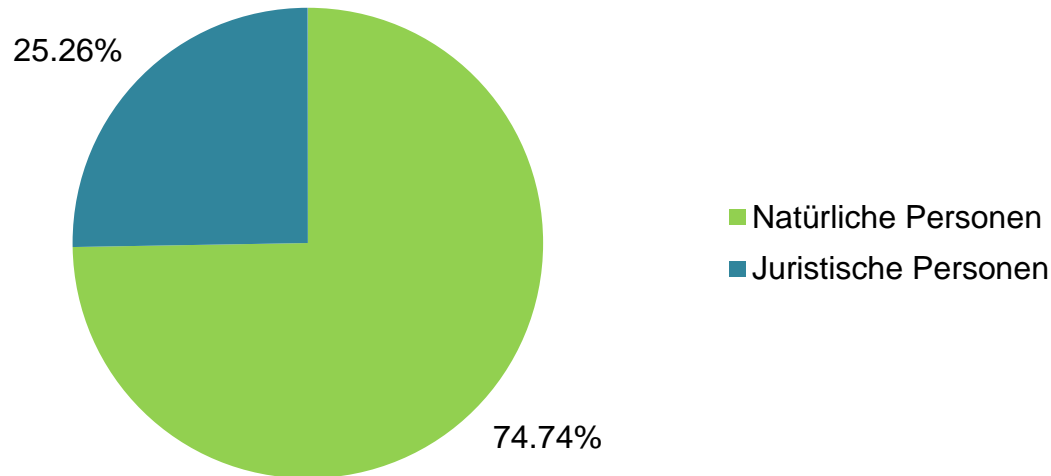
Anteil unterschiedlicher Einkommensklassen am Gesamtsteueraufkommen der juristische Personen (2012)



Das bedeutet:

- Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Reingewinn bis 100'000 tragen 2% bei
- Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Reingewinn bis 500'000 tragen 5% bei
- Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Reingewinn bis 1'000'000 tragen 4% bei
- Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Reingewinn bis 5'000'000 tragen 10% bei
- Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Reingewinn bis 10'000'000 tragen 5% bei
- Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Reingewinn über 10'000'000 tragen 74% bei

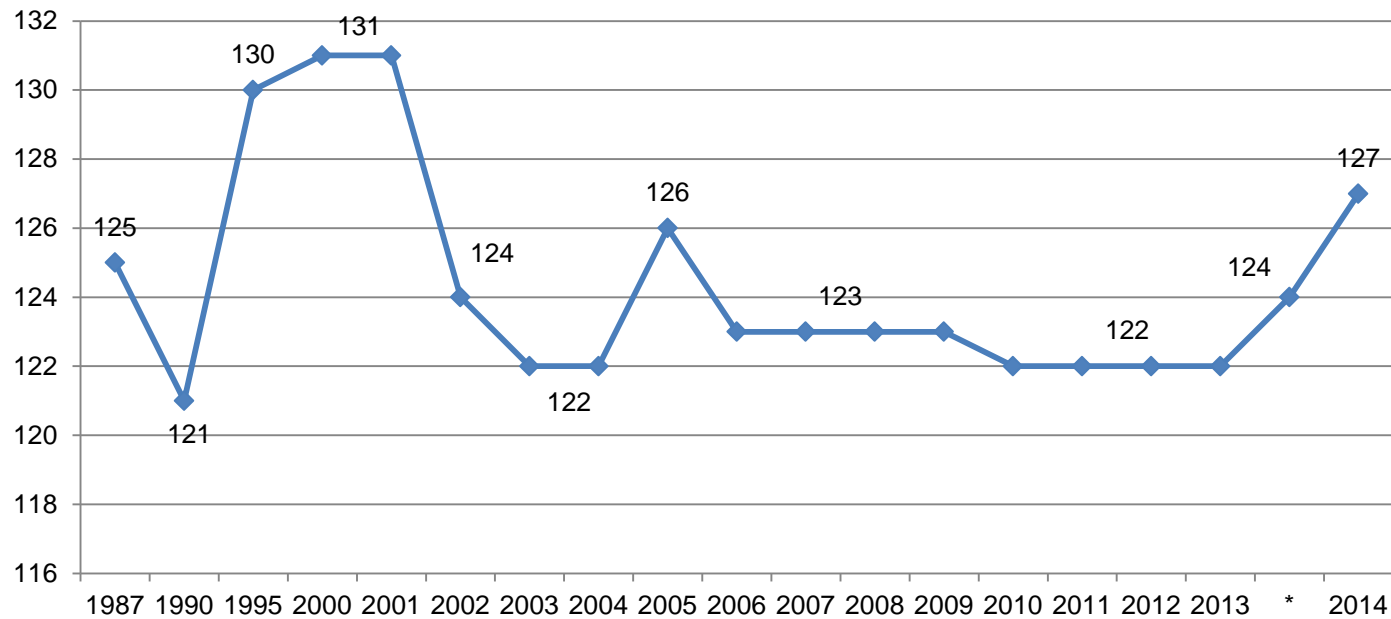
Anteil natürlicher und juristischer Personen am Gesamtsteueraufkommen



Das bedeutet:

- Die natürlichen Personen tragen 74.74 % zum Gesamtsteueraufkommen bei
- Die juristischen Personen tragen 25.26 % zum Gesamtsteueraufkommen bei

Entwicklung Steuerfuss:



* Gemeinden, welche Übergangsausgleich beziehen, müssen den Steuersatz 2014 auf 124% erhöhen

- in weiteren Städten mit Zentrumsfunktion und hohen Soziallasten sind Steuererhöhungen bereits geplant oder absehbar

9. Ausblick

(Stadträtin Yvonne Beutler)

- Einige «effort 14+»-Massnahmen greifen erst in den Folgejahren vollständig
 - Dennoch prognostiziert der IAFP in den kommenden Jahren weiterhin ein Wachstum insbesondere in den Departementen Soziales (individuelle Unterstützung, Pflegefinanzierung) und Schule und Sport (Lehrplan 21, familienergänzende Betreuung)
- ⇒ Dieser Anstieg kann nicht durch weitere Sparanstrengungen insbesondere der übrigen Departemente aufgefangen werden!

Forderungen

1. Änderung Zentrumslastenausgleich

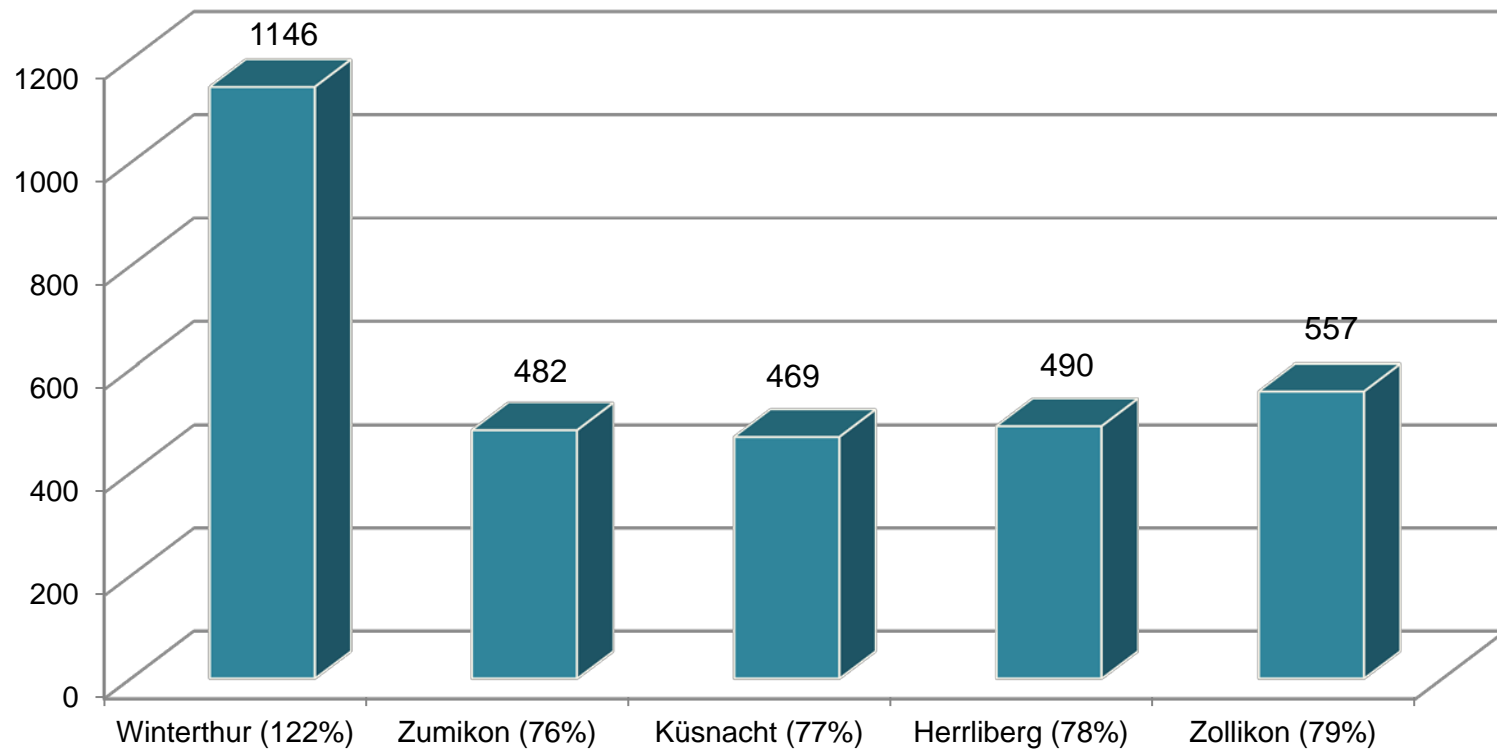
- Der Zentrumslastenausgleich muss so rasch wie möglich den geänderten Rahmenbedingungen angepasst werden; die steigenden Kosten für soziale Wohlfahrt wie auch Bildung sollen im Zentrumslastenausgleich berücksichtigt werden
- Der Stadtrat ist dabei auf die Unterstützung von Gemeinde-, Kantons- und Regierungsrat angewiesen
- Ein weiterer Leistungsabbau oder eine nochmalige Erhöhung des Steuerfusses würden die Attraktivität der Stadt für die Bevölkerung wie auch für Firmen massiv gefährden

2. Gerechtere Verteilung der Kosten für die Sozialhilfe

- In Gemeinden mit über 100 000 Einwohner/-innen leben überproportional viele Sozialhilfebeziehende*
 - Dies gilt ebenfalls für den Vergleich von steuergünstigen mit anderen Gemeinden
 - Eine grosse Differenz der Steuerkraft verstärkt diesen Effekt noch zusätzlich
- ⇒ Es braucht eine gerechtere Verteilung der Kosten für die Sozialhilfe sowohl zwischen den grossen und kleinen Gemeinden wie auch der steuergünstigen und anderen Gemeinden

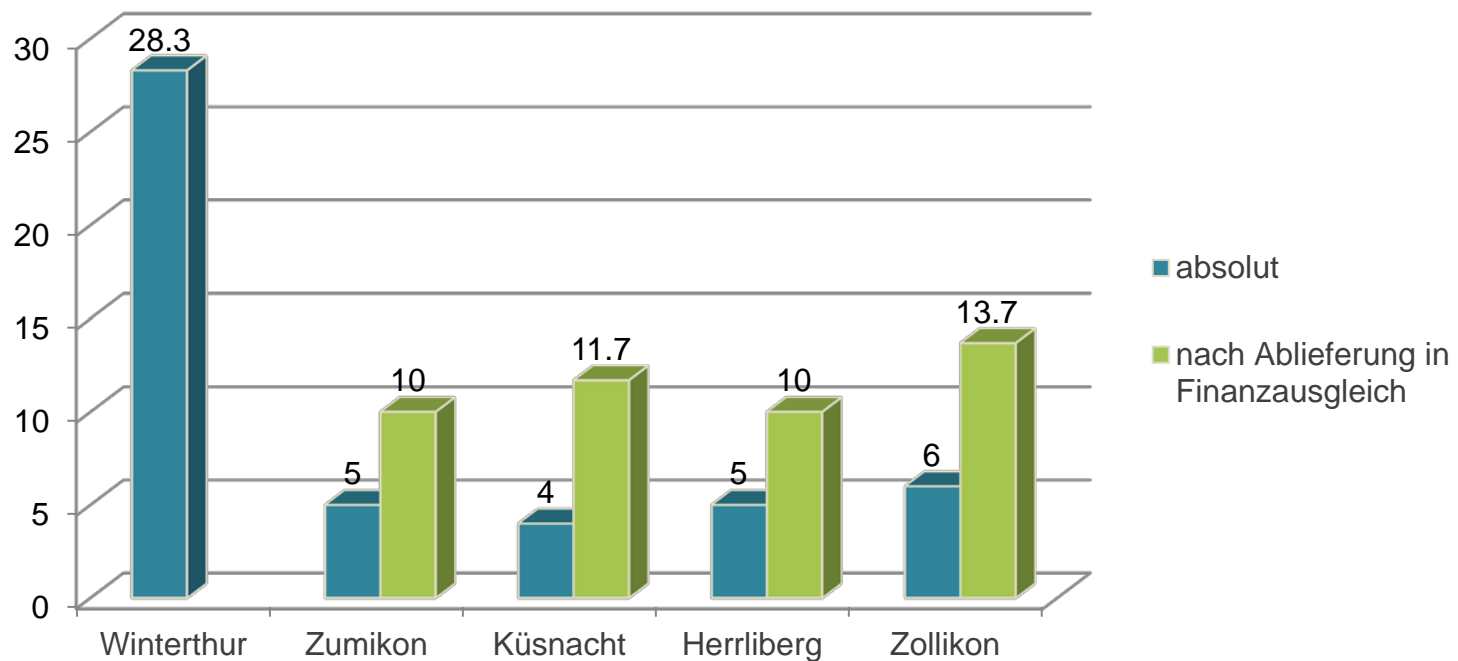
* Quelle: BFS Sozialhilfestatistik 2009

Vergleich Ausgaben pro Kopf für Soziale Wohlfahrt (2011)



* Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Vergleich prozentualer Anteil für Soziale Wohlfahrt am Gesamtsteuerertrag (2011)*



* Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

3. Soforthilfe vom Kanton

- Eine Anpassung des Zentrumslastenausgleichs kann nicht unmittelbar erzielt werden, ebenso ist eine gerechtere Verteilung der Sozialhilfe ein längerfristiges Projekt
- Damit es Winterthur im kommenden Jahr sowie in den Folgejahren möglich ist, ein ausgeglichenes Budget ohne zusätzliche Steuererhöhungen zu erreichen, ist die Stadt deshalb auf Soforthilfe des Kantons Zürich angewiesen; für 2014 rechnet die Stadt mit Unterstützung in der Höhe von mindestens 3 Mio. Fr.
- Der Regierungsrat ist sich der schwierigen finanziellen Lage der Stadt Winterthur bewusst

Zusammenfassung

Sparziel	62 Mio. Fr.
1. Runde «effort 14+»	- 32 Mio. Fr.
2. Runde «effort 14+»	- 15 Mio. Fr.
Zusätzliche Steuern	- 13 Mio. Fr.
Unterstützung Kanton mind.	- 3 Mio. Fr.
Total	<u>1 Mio. Fr.</u>

10. Würdigung

(Stadtpräsident Michael Künzle)

- Stadtrat sah sich mit ausserordentlicher Ausgangslage konfrontiert und musste in neuer Zusammensetzung in kürzester Zeit eine aussergewöhnliche Leistung vollbringen
- Schmerzhaftes Einschnitte sind notwendig, aber dennoch soll Stadt attraktiver Wohn- und Arbeitsort bleiben
- Stadtrat legt Karten offen auf Tisch, schafft Transparenz und packt Probleme mit griffigen Massnahmen an
- Projekt «5 statt 7»- Stadträte ist gestartet ⇒ Stadtrat setzt bei sich selber an
- Ziel: langfristig gesunde Finanzen, konstanter Steuerfuss mit mittelfristiger Tendenz nach unten, Äufnung von Eigenkapital

Der Stadtrat hat «effort 14+» einstimmig verabschiedet.

**Vielen Dank für Ihr
Interesse.**